

Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren
Sitzung:	10. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (SO/2018/013)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 22.03.2018
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Homann, Dieter

stellv. Vorsitzender

Wittenbrink, Thomas

CDU

Woltering, Maria
Reehuis, Markus
Terbrack, Karl Heinz
Hackfort, Bernhard
Overbeck, Elke
Thesing, Martin
Scheffner, Michael

Vertretung für Herrn Klaus Hemsing

Vertretung für Herrn Stefan Büning

Vertretung für Herrn Dr. Dietrich Riepe

SPD

Gerick, Alfons
Lambers, Klaus
Schulte, Andrea
Kenmoe Noubi, Charlie

Vertretung für Frau Mathilde Fischer

Vertretung für Herrn Walter Terbeck

UWG

Schulte, Renate
Messelink, Gerrit
Heijnk, Annegret

ab TOP 5 öS

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

FDP

Gottheil, Christiane

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

Korthues, Josef
Liebermann, Hartmut

Verwaltung

Leuker, Werner
Bethmann, Michael

Schriftführer

Skorzak, Christoph

es fehlen entschuldigt:

CDU

Büning, Stefan
Hemsing, Klaus
Schmeing, Aloys
Riepe, Dietrich, Dr.

SPD

Fischer, Mathilde
Terbeck, Walter

WGW

Wensker, Maria

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

Bartkowski, Willy, Pfarrer

Verwaltung

Voß, Karola

Ausschussvorsitzender Dieter Homann informiert vor Beginn der Sitzung darüber, dass diese im Ton aufgezeichnet wird. Die Tonaufzeichnungen von Sitzungen dienen der genaueren Protokollierung und sind in der Ratssitzung am 21.03.2018 beschlossen worden.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass zukünftig grundsätzlich am Ende der öffentlichen Sitzung der Tagungsordnungspunkt „Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung“ stehen soll. Auch dieses ist in der letzten Ratssitzung beschlossen worden.

Ausschussmitglied Dietmar Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) bittet in diesem Zusammenhang um Erweiterung der Tagungsordnung um diesen Punkt als Tagungsordnungspunkt 7.

Danach beschließt der Ausschuss einstimmig die Tagungsordnung um den TOP 7: „Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung“ zu ergänzen.

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Anerkennung von Niederschriften
 - 1.1 Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren der Stadt Ahaus am 18.12.2017
 - 1.2 Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren der Stadt Ahaus am 27.02.2018
- 2 Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)
- 3 Bericht über den sozialen Wohnungsbau in Ahaus
- 4 Freiwillige Zuschüsse im sozialen Bereich
- 5 Fortführung des Integrationslotsenprojektes in Ahaus
- 6 Sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge
- 7 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Anerkennung von Niederschriften

1.1 Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren der Stadt Ahaus am 18.12.2017

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 8. Sitzung vom 18.12.2018 werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird in der vorgelegten Fassung anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

- 16 Ja-Stimmen
- 2 Enthaltungen

1.2 Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren der Stadt Ahaus am 27.02.2018

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 9. Sitzung vom 27.02.2018 werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird in der vorgelegten Fassung anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

- 16 Ja-Stimmen
- 2 Enthaltungen

2 Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) V/2018/0939

Die Ausschussmitglieder Thomas Wittenbrink (CDU) und Gerrit Messelink (UWG) erklären sich zu dem Tagungsordnungspunkt befangen und verlassen den Sitzungsraum.

Beigeordneter Werner Leuker führt in den Tagungsordnungspunkt ein und erklärt u. a., dass zukünftig die Schulsozialarbeit im Fachbereich Jugend angesiedelt wird. Es ist beabsichtigt, verstärkt Schulsozialarbeit in die Grundschulen zu verlagern.

Ausschussmitglied Renate Schulte (UWG) merkt an, dass der Antrag von der UWG stammt und stellt gleichzeitig Fragen zur Umsetzungsplanung.

Weitere Fragen aus den Reihen des Ausschusses werden vom Beigeordneten Werner Leuker beantwortet.

Sodann beschließt der Ausschuss:

- 1) Der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren befürwortet die Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) durch das Berufsorientierungszentrums der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH entsprechend dem beigefügten Konzept mit Fokussierung auf Grundschulen für das Jahr 2019.
- 2) Er empfiehlt dem Rat der Stadt Ahaus, im Rahmen der Haushaltsplanungen 2019 den für die Fortführung des modifizierten Projektes notwendigen 50 %igen Eigenanteil in Höhe von 42.847,20 € für das aus dem Landesprogramm „Förderung der sozialen Arbeit an Schulen“ geförderte Projekt bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Nachdem Ausschussvorsitzender Dieter Homann in den Tagungsordnungspunkt eingeführt hat, stellt Fachbereichsleiter Michael Bethmann im Rahmen einer Power-Point-Präsentation den Bericht zum sozialen Wohnungsbau in Ahaus vor.

In seinem Bericht betont er, dass der Wohnungsmarkt in Ahaus grundsätzlich nicht so angespannt ist, wie es auf den 1. Blick den Anschein hat. Es besteht aber eindeutig ein Mangel am sozialen Wohnungsbau. Hier muss die Stadt lenkend eingreifen, damit der soziale Wohnungsbau gefördert wird. In seinen Ausführungen macht er deutlich, welche Einflussmöglichkeiten die Stadt Ahaus hier hat und welche Schritte schon zielführend unternommen wurden.

Alle Fraktionen betonen hier noch einmal die Wichtigkeit des sozialen Wohnungsbaus.

Fragen aus dem Ausschuss zu den Kriterien der Einstufung in Mietstufen durch das Land und zum Wegfall der Preisbindung werden anschließend beantwortet.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren nimmt den Bericht über den sozialen Wohnungsbau in Ahaus zur Kenntnis.

4 Freiwillige Zuschüsse im sozialen Bereich V/2018/0941

Ausschussmitglied Dietmar Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach zu erwartenden signifikanten Änderungen gegenüber dem Jahr 2017. Beigeordneter Werner Leuker beantwortet die Frage dahingehend, dass mit höheren Kosten insbesondere in dem Bereich der Flüchtlingsarbeit zu rechnen ist.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie und Senioren nimmt den Bericht zu freiwilligen Zuschüssen im sozialen Bereich zur Kenntnis.

5 Fortführung des Integrationslotsenprojektes in Ahaus

Der Ausschussvorsitzende Dieter Homann erklärt sich zu den Tagungsordnungspunkten 5 und 6 befassen und verlässt den Sitzungssaal. Für ihn nimmt seine persönliche Stellvertreterin Annegret Heijnk (UWG-Fraktion) an der Sitzung teil. Die Sitzungsleitung wird vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Thomas Wittenbrink übernommen.

Beigeordneter Werner Leuker erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung das Integrationslotsenprojekt in den letzten drei Jahren in der konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Caritasverband, den Hausmeistern und dem Fachbereich eine „Erfolgsstory“ war.

Im Anschluss daran erläutert Fachbereichsleiter Michael Bethmann die Details zu diesem Projekt und wirbt für seine Weiterführung. Ein wesentlicher Grund für den Erfolg dieses Projektes ordnet dabei Fachbereichsleiter Michael Bethmann der Stelleninhaberin Frau Esposito Stumberger zu.

Aus allen Fraktionen gibt es Zustimmung für die Fortführung des Projektes. Der Ausschuss bedankt sich ausdrücklich bei Frau Esposito Stumberger, aber auch bei allen Ehrenamtlichen, die sich bei der Integrationsarbeit mit den Flüchtlinge engagieren.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Verlängerung des „Integrationslotsenprojektes“ zur Kenntnis.

2. Der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren befürwortet die Fortführung des „Integrationslotsenprojektes“ durch den Caritasverband für die Dekanate Ahaus und Vreden e.V. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Ahaus, die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 71.789,00 € für die Zeit vom 01.11.2018 - 31.10.2019 und in Höhe von 73.187,00 € für die Zeit vom 1.11.2019 - 31.10.2020 bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

6 Sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge

V/2018/0947

Beigeordneter Werner Leuker erklärt zu diesem Tagungsordnungspunkt, dass für diese Beschlussvorlage die vergaberechtliche Beurteilung eine große Rolle gespielt hat. Gleichzeitig steht hier der Grundsatz der Subsidiarität des Staates gegenüber den freien Wohlfahrtsverbänden im Focus. Beides gilt es besonders in den Blick zu nehmen, abzuwägen und abzustimmen, welche vergaberechtlichen Vorgaben hier zwingend einzuhalten sind. Die bisherige organisatorische Konstellation der sozialpädagogischen Betreuung der Flüchtlinge beim Caritasverband Ahaus und Vreden war sehr effektiv, kann aber aufgrund der genannten Gründe in dieser Form so nicht weitergeführt werden.

Fachbereichsleiter Michael Bethmann gibt weitere Erläuterungen zu dem zweigeteilten Beschlussvorschlag und erklärt, wie die jeweiligen Teile fachlich differenziert vergaberechtlich beurteilt werden müssen. Hier sind zwei ähnlich gelagerte Stellen unterschiedlich zu beurteilen. Auf der einen Seite handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe und auf der anderen Seite um eine Pflichtaufgabe. Ausschlaggebend für den Beschlussvorschlag war das Interesse, dass die gute Zusammenarbeit mit dem Caritasverband weiter fortgeführt wird ohne gegen vergaberechtliche Vorschriften zu verstoßen.

Nachdem Verständnisfragen aus dem Ausschuss beantwortet wurden ergeht folgender Beschluss.

1. Der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Ahaus, im Rahmen der Haushaltsplanungen der Jahre 2019 und 2020 die für die Durchführung der gesetzlich geforderten sozialen Betreuung von Flüchtlingen erforderliche Personalstelle (1,0 Stellen) einzuplanen.
2. Der Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Ahaus, im Rahmen der Haushaltsplanungen der Jahre 2019 und 2020 die erforderlichen Mittel für die Fortführung des Projektes „Sozialpädagogische Betreuung von Flüchtlingen im Haus der Integration“ des Caritasverbandes für die Dekanate Ahaus und Vreden e. V. bereit zu stellen. Diese betragen für die Zeit vom 01.07.2018 – 30.06.2019 44.786,00 € und 45.785,00 € für die Zeit vom 01.07.2019 – 30.06.2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

7 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilung der Verwaltung

Nachdem festgestellt wird, dass keine Fragen an die Verwaltung vorliegen, informiert Beigeordneter Werner Leuker den Ausschuss darüber, dass die Flüchtlingsunterkunft in der Solmsstraße in Ottenstein zu Ende April 2018 aufgegeben wird und die dort noch untergebrachten Flüchtlinge anderweitig untergebracht werden. Grund für die Aufgabe dieser Flüchtlingsunterkunft sind die von der Bezirksregierung zugesicherten Zuweisungszahlen in diesem Jahr.

gez. **Dieter Homann**
Vorsitzender

gez. **Christoph Skorzak**
Schriftführer